



Newsletter der Landesgruppe Mecklenburg-Vorpommern

Ausgabe: 20. WP/23-13 vom 23. Oktober 2023

Philipp Amthor MdB
Vorsitzender der Landesgruppe
Mecklenburg-Vorpommern

Platz der Republik 1
11011 Berlin

T 030 227 77692
F 030 227 76692

philipp.amthor@bundestag.de
www.cduscu.de

Beiträge von Dietrich Monstadt MdB



Dietrich Monstadt MdB ist ordentliches Mitglied im Ausschuss für Gesundheit sowie stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft und im Sportausschuss.

Rede zum Ampel-Entwurf eines Gesetzes zur Förderung der Qualität der stationären Versorgung durch Transparenz (Krankenhaustransparenzgesetz)

Das Gesetz soll die Transparenz über das Leistungsgeschehen im Krankenhaus erhöhen und durch eine geeignete Veröffentlichung der Qualität für die Patientinnen und Patienten ersichtlich machen, welche Leistungen mit welcher Qualität im jeweiligen Krankenhaus erbracht werden. Hierfür bedarf es geeigneter Daten.

Die Unionsfraktion lehnt das Gesetz in dieser Form ab. Gleichwohl das Ziel einer höheren Transparenz und einer besseren Qualität geteilt wird, weist die konkrete Umsetzung erhebliche Mängel auf und führt in der Konsequenz zu einem mehr an Bürokratie und einer nicht sachgerechten Beurteilung der Qualität.

Unseren Standpunkt habe ich in meiner Rede (RzP) klar gemacht:



*„Sehr geehrte/r Frau/Herr Präsident/in,
sehr geehrter Herr Minister,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
verehrte Damen, meine Herren,*

heute beraten wir abschließend über das sogenannte Krankenhaustransparenzgesetz.

Der hier vorliegende Entwurf soll das Ziel haben, eine verständliche Übersicht für Patientinnen und Patienten über die Qualität der Krankenhausbehandlung zur Verfügung zu stellen. So sollen qualitätsorientierte Auswahlentscheidungen der Patientinnen und Patienten gefördert und damit das bisherige System von Qualität und Transparenz im Krankenhausbereich angepasst werden. Zu diesem Zweck sollen Daten über das Leistungsangebot des Versorgungsgeschehens öffentlich zugänglich gemacht werden.

Meine Damen, meine Herren,

sicher ist, es muss ein Ruck durch unsere Krankenhauslandschaft gehen! Hier sind wir uns einig. Aber mit Ihren Lösungen, Herr Minister, werden wir dies nicht erreichen. Ganz im Gegenteil!

Meine Damen, meine Herren,

dieser Gesetzentwurf wird dem Anspruch, die Kliniksuche für Patientinnen und Patienten zu erleichtern, nicht gerecht. Eine reine Aneinanderreihung von Daten kann noch keine Aussage über die wahre Ergebnisqualität eines Krankenhauses treffen. Vielmehr führt eine solche Vorgehensweise zur Verunsicherung von Patientinnen und Patienten, wie auch den Leistungserbringern.

Die durch Vorhaben erzeugte Scheintransparenz, lässt eine Fehlsteuerung der Patientenströme von kleinen hin zu den großen Krankenhäusern zu befürchten. Somit würden die sowieso schon stark überlasteten Maximalversorger in den Ballungszentren noch mehr an ihre Kapazitätsgrenzen gedrängt. Außerdem geraten so die kleinen Häuser im ländlichen Raum weiter in eine Schieflage und fallen perspektivisch aus der Versorgung.

Ländlich geprägten Räumen ist dies nicht zu vermitteln.

Meine Damen, meine Herren,

hinzukommen steigende Inflationskosten und die Erhöhung der Personalkosten. Schon jetzt drohen Insolvenzen vieler Häuser. Alle Bundesländer registrieren



bedrohliche Signale zur wirtschaftlichen Lage der Krankenhäuser. Die Deutsche Krankenhausgesellschaft geht am Ende des Jahres 2023 von einem Defizit von 10 Milliarden Euro aus. Auch die Auszahlung der Energiehilfen in Höhe von 2,5 Milliarden Euro hilft nicht bei der Existenzsicherung!

Ebenso ist Ihr Vorgriff in die Planungshoheit der Länder, indem sie die Krankenhäuser bereits heute in sogenannte Level einteilen, übergriffig. Sie überholen damit Ihre eigene Krankenhausreform, indem Sie den zweiten Schritt vor den ersten machen.

Erst wenn die Länder den Krankenhäusern Leistungsgruppen zugewiesen haben, kann der Bund das geplante Transparenzverzeichnis auf der Basis von Leistungsgruppen veröffentlichen. Eine vorzeitige Veröffentlichung führt nur zu weiterer Verunsicherung der Bürgerinnen und Bürger.

Meine Damen, meine Herren,

und schaffen wir hier nicht das nächste „Bürokratiemonster“? Statt sich um Patientinnen und Patienten zu kümmern, wird das Personal also nun wieder aufgefordert noch mehr zu dokumentieren. Obwohl es die geforderten Qualitätsberichte längst gibt. Sie sind auf den Internetseiten der Kliniken oder auch in der Weißen Liste abrufbar und verständlich aufbereitet.

Anstatt also die Bürokratie abzubauen, wie Sie es in Ihrer sogenannten „Fortschrittskoalition“ immer wieder betonen, schaffen Sie nun dieses überflüssige Register?

Packen Sie die wirklichen Probleme an! Sorgen Sie für genügend Pflegepersonal, unterstützen Sie die Kliniken in dieser schwierigen Zeit der Umstrukturierung und schaffen Sie nicht mehr Probleme als wir sowieso schon bewältigen müssen.

Meine Damen und Herren der Koalition,

wir teilen die Auffassung, dass Patientinnen und Patienten sich vor einem Klinikaufenthalt über die Klinik und Ärzte informieren sollen, um die für sich beste Entscheidung treffen zu können. Aber all das ist bereits jetzt schon möglich, auch ohne überbordende Bürokratie.

Ihren Gesetzesentwurf lehnen wir daher ab.

Vielen Dank!“
